

Pressemitteilung

Verbände fordern verantwortungsvolle Rahmenbedingungen für die Nutzung des Rohstoffs Holz

Elverfeldt: „Politik muss wachsenden Anforderungen an Wald und Holz Rechnung tragen!“

Berlin, 10. Januar 2023. Angesichts bevorstehender politischer Weichenstellungen in der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftspolitik fordert ein Bündnis aus mehr als 20 Wald-, Forst- und Holzverbänden von der Bundesregierung verantwortungsvolle Rahmenbedingungen, die auf einer verlässlichen Datengrundlage fußen.

„Sei es die Transformation der Energieversorgung, die Bioökonomie oder die Holzbauinitiative: Ohne die verlässliche Verfügbarkeit des nachwachsenden, heimischen Rohstoffs Holz wird die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft nicht gelingen,“ erläutert Max v. Elverfeldt, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst.

In einem Schreiben an die Bundesminister Habeck, Lemke und Özdemir kritisieren die unterzeichnenden Verbände vor diesem Hintergrund zahlreiche sich in der Zielsetzung bzw. Wirkung widersprechende forst- und umweltpolitische Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Beispielhaft verweisen die Verbände auf geplante oder erwogene Maßnahmen zu Nutzungsbeschränkungen im Wald einerseits und auf politische Initiativen zur vermehrten Holznutzung, so durch Initiativen zum klimafreundlichen Bauen, andererseits.

Die Verbände betonen, dass die Voraussetzung für die Ausgestaltung einer kohärenten Nationalen Biomassestrategie die Verfügbarkeit von aktuellen und validen Daten und Zahlen sei. Erst die Zahlen der vierten Bundeswaldinventur würden eine adäquate und strategische Planungsgrundlage zur Abschätzung von Vorrat, Zuwachs und Nutzungspotential und damit der künftigen Verfügbarkeit von Holz bieten können. Potenzialschätzungen oder gar richtungsweisende ordnungspolitische oder fiskalische Maßnahmen zur Steuerung von Rohstoffflüssen seien ohne eine verlässliche Datengrundlage nicht zu verantworten, mahnen die Organisationen in ihrem Schreiben an die Bundesregierung. Sie appellieren, die Ausgestaltung der längst überfälligen Biomassestrategie auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Daten für Wald und Holz aufzubauen und die Zwischenergebnisse der Bundeswaldinventur unmittelbar in den Dialogprozess einfließen zu lassen.

Das Schreiben finden Sie anbei.

Es wurde an folgende zuständige Mitglieder der Bundesregierung versandt:

- Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz
- Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Mitzeichnende Verbände der Forst- und Holzwirtschaft:

- Deutscher Holzwirtschaftsrat e.V.
- Hauptverband der Deutschen Holz und Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter Industriezweige e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V.
- Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V.
- Gesamtverband Deutscher Holzhandel e.V.
- Familienbetriebe Land und Forst e.V.
- Bundesverband Deutscher Fertigtbau e.V.
- Deutscher Holzfertigtbau-Verband e.V.
- Verband der Deutschen Möbelindustrie e.V.
- Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie e.V.
- DIE PAPIERINDUSTRIE e.V.
- Tischler Schreiner Deutschland
- Holzbau Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft Rohholz e.V.
- Deutscher Energieholz- und Pellet-Verband e.V.
- Deutscher Massivholz- und Blockhausverband e.V.
- Verband der Deutschen Parkettindustrie e.V.
- Bundesverband Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung e.V.
- Bundesverband ProHolzfenster e.V.
- Überwachungsgemeinschaft Konstruktionsvollholz e.V.
- Bundesverband Innenausbau, Element- und Fertigtbau e.V.
- DFUV - Netzwerk der Forstunternehmen & Forsttechnik e.V.
- Studiengemeinschaft Holzleimbau e.V.

Pressekontakt: Fabian Wendenburg, Geschäftsführer, Familienbetriebe Land und Forst e.V.,
Tel.: 030 -246 30 46 0, wendenburg@fablf.de